



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

Gutachten: Wahlkampfbeobachtung 2017

Migration und Integration

Migration/Integration ist bei den meisten Parteien dezidiert Thema, zum Teil wird es als maßgebliche Basis für bestimmte Arbeitsfelder verwendet und färbt dadurch die gesamte Linie des betroffenen Wahlprogramms entsprechend ein.

Von den antretenden Parteien äußern sich ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ, Grüne und Piraten mit konkreten Vorschlägen zum Thema Migration/Integration. Tatjana Petkovic äußert sich programmatisch, allerdings nicht in vergleichbarer Form konkret; NEOS, Einsparkraftwerk und WIR benennen keine Schwerpunkte in diesem Bereich. Auffallend ist, dass das Thema Integration fast ausschließlich im Zusammenhang mit Migration, Asyl etc. verstanden wird; andere Aspekte der Integration (zb. Menschen mit Behinderung) finden kaum Berücksichtigung.

Die KPÖ ist dafür, Nachbarschafts- und Stadtteilzentren zu erweitern; u.a. werden die Projekte NABAS und Hallo Nachbar als Beispiele für die Arbeit für ein gelungenes Miteinander genannt. Bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sowie mehr finanzielle Mittel zur Förderung von Mehrsprachigkeit im Kindergarten, BegleitlehrerInnensystem zur Integrationsförderung, Erweiterung der Sprachkurse, kommunales Wahlrecht für alle mit Hauptwohnsitz in Graz ab 16, leistbare Schul- und Weiterbildungsprogramme für MigrantInnen gehören genauso zu den Forderungen wie gleiche soziale Rechte für alle (auch Nicht-ÖsterreicherInnen), keine rechtliche Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Paare sowie das mündliche Anhörungsrecht des MigrantInnenbeirats im Gemeinderat.

Die FPÖ fordert, dass das Flüchtlingswesen ausschließlich in öffentlicher Hand organisiert und abgewickelt werden, die Verfahrensdauer beschleunigt und die konsequente Abschiebung nach abgelehnten Bescheiden und bei Kriminalität eingehalten werden soll. Weiters sollen keine zusätzlichen Erstaufnahmezentren und Großquartiere in Graz installiert werden. Die FPÖ spricht sich klar gegen eine Mindestsicherung für Asylwerber und subsidiär Schutzberechtigte aus, fordert die Einhaltung des Dublinabkommens sowie Grenzkontrollen und das sofortige Aussetzen des Durchgriffsrechts des Bundes. Gemeindewohnungen sollen unterunter Bevorzugung der ÖsterreicherInnen erfolgen, die Wohnbeihilfe soll für ÖsterreicherInnen bewahrt werden.

Neben dem Wahlprogramm finden sich Hinweise auf das Thema Integration/Migration in der gesamten Kampagne der FPÖ. Durch Suggestivfragen auf Plakaten („Fremd im eigenen Park?“) wird beispielsweise der Eindruck vermittelt, dass sämtliche Lebenswelten vom Problem der Zuwanderung durchdrungen und die Herausforderungen in ihnen allein auf diesen Aspekt des Zusammenlebens zu reduzieren seien.

Die SPÖ ist für klare Spielregeln für das Zusammenleben in den Siedlungen und kompetente Ansprechpartner vor Ort, will ein Sonderwohnprogramm für 8000 zusätzlichen geförderten Wohnungen in den nächsten 10 Jahren sowie eine Durchmischung der Bezirke bzgl. Gemeindewohnungen. Als positives Beispiel wird das Pilotprojekt Peer-Mediation zur Aufarbeitung von Konfliktsituationen infolge kultureller und gesellschaftlicher Unterschiedlichkeiten genannt. Weiters wird die Weiterführung von Umsetzungsstrategien des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gefordert.

Die ÖVP legt ein klares Bekenntnis zu restriktiver Zuwanderungspolitik und zur Obergrenze auf Bundesebene sowie zu einer von der ÖVP mit 3000 Personen benannten Obergrenze für Graz ab. Im Vordergrund stehen Integrationsfähigkeit und Integrationsmaßnahmen. Jene Menschen, die hier sind, müssen entsprechende Zukunftschancen erhalten, möglichst rasch in den Arbeitsprozess eingebunden werden und damit ein selbstbestimmtes Leben führen können. Gleichzeitig soll die Mindestsicherung reformiert werden, da das jetzige System weder fair noch leistbar sei. Asylberechtigte sollen nicht sofort den vollen Anspruch erhalten, stattdessen soll eine leistungsorientierte Integrationsunterstützung die Grundbedürfnisse abdecken und ein Anreiz für Integrationsbemühungen sein. Die Unterzeichnung der Integrationserklärung, die die grundlegenden Werte des Rechtsstaates beinhaltet, sowie die Wertekurse des ÖIF werden als wichtige Eckpfeiler für Integration genannt. Integrationsunwillige und Rechtsbrecher sollen keine Sozialleistungen erhalten.

Obwohl die Äußerungen zu den Themen Obergrenze und der selektiven Mindestsicherung aus menschenrechtlicher Sicht bedenklich erscheinen, muss der Fairness halber darauf hingewiesen werden, dass es sich hierbei um einen bundesweit vorgegebenen Diskurs handelt und sich die ÖVP hier legitim und angemessen im Rahmen der zu evaluierenden Situation verhält.

Die Grünen plädieren für das Zusammenwohnen der Generationen, Integration durch Sprache, Bildung und Arbeit sowie die Nutzung leerstehender Räume für kurzzeitige Projekte.

Die Piraten wollen schnelle Asylverfahren, die Einbindung der MigrantInnen in Integrationsmaßnahmen und Betreuung, eine App mit Infos in Muttersprache, kleinere Quartiere sowie Hilfe vor Ort zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

Beurteilung

Aus der Sicht des Beirats sind sämtliche Kampagnen und Wahlprogramme zum Thema Integration/Migration mit menschenrechtlichen Ansprüchen vereinbar. Die Wortwahl ist durchwegs angemessen bzw. gemäßigt, allerdings werden die Begrifflichkeiten rund um das Thema Asyl, Integration, Flucht uneinheitlich verwendet, und gerade die FPÖ bedient sich hier einer vergleichsweise schärferen Diktion.

Der gesamte freiheitliche Wahlkampf basiert auf dem emotional stark besetzten Thema, hier wird durchaus mit einer Betonung der negativen Aspekte und kompletter Aussparung positiver Aspekte auf eine realistische Skizzierung der Ist-Situation verzichtet, was als Beitrag zu einer polarisierenden Haltung verstanden werden könnte.

Unter Berücksichtigung des vorliegenden Pressematerials werden die Parteien **SPÖ, KPÖ, Grüne, NEOS, Piraten, Wir, und Tatjana Petrovic mit grün bewertet. Auch an die ÖVP wird trotz vorhandener Bedenken hier eine grüne Ampel vergeben. An die FPÖ wird für diesen Diskurs eine gelbe Ampel vergeben**, da durch die offensichtliche Unterstützung negativer Positionen eine grundlegend unangemessene und polarisierende Haltung propagiert wird.